

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/204560]

30. JUNI 2014 — Erlass der Regierung zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Aufgrund der belgischen Verfassung, Artikel 121, 130, 132 und 139;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 3. Juli 2009 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister zur Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - § 1 - Den Mitgliedern der Regierung wird in den Angelegenheiten, für die sie aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister zuständig sind, die Vollmacht erteilt, die Dekrete und Verordnungen anzuwenden sowie die den Zuständigkeiten entsprechende Politik zu verfolgen. Es ist ihnen nicht erlaubt, Erlasse mit Verordnungscharakter zu fassen.

Die in Absatz 1 erwähnte Vollmacht bezieht sich auch auf die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bezüglich der Sprachenbedingungen bei Einstellungen von Personalmitgliedern im Unterrichtswesen sowie auf die Versetzung in den Ruhestand von Personalmitgliedern im Ministerium, in den Einrichtungen öffentlichen Interesses und im Unterrichtswesen.

§ 2 - In Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit verschiedener Mitglieder der Regierung gehören, werden die Beschlüsse von den betreffenden Mitgliedern gemeinsam gefasst.

§ 3 - Jeder Entwurf eines Rundschreibens oder einer Anweisung allgemeiner Art wird vom zuständigen Minister den anderen Mitgliedern der Regierung übermittelt.

Letztere können bei der nächsten Sitzung der Regierung eine kollegiale Beschlussfassung über den Entwurf verlangen. Bis zu dieser Sitzung darf der Entwurf nicht anwendbar gemacht werden.

§ 4 - Die Liste der von den Mitgliedern der Regierung aufgrund der ihnen erteilten Vollmachten unterzeichneten Ministererlasse wird den übrigen Mitgliedern der Regierung alle zwei Monate übermittelt.

§ 5 - Die Regierung beschließt über ihre Geschäftsordnung.

§ 6 - Ein Regierungsmitglied kann für die Dauer einer vorhergesehenen Abwesenheit oder Verhinderung seine Vollmachten mit dem damit verbundenen Unterschriftenrecht einem anderen Regierungsmitglied übertragen, welches annimmt. Die von beiden Regierungsmitgliedern unterzeichnete Vollmachtenübertragung wird der Regierung auf ihrer erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht.

In dem in Absatz 1 vorgesehenen Fall sowie bei unvorhergesehener Abwesenheit oder Verhinderung eines Regierungsmitglieds kann die Regierung gültig beschließen, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.

Art. 2 - In Abweichung von Artikel 1 gibt Anlass zu einem kollegialen Beschluss:

1. die Gewährung von Subventionen und Dotationen im Rahmen der laufenden Ausgaben, die 50.000 Euro übersteigen;

2. die Gewährung von Subventionen und Dotationen im Rahmen der Investitionsausgaben, die 150.000 Euro übersteigen, mit Ausnahme der Infrastrukturzuschüsse für Projekte, die im Infrastrukturplan vorgesehen sind, sofern die in diesem Plan vorgesehene Summe nicht überschritten wird;

3. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der laufenden Ausgaben, die 50.000 Euro übersteigen;

4. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der Investitionsausgaben, die 150.000 Euro übersteigen, mit Ausnahme der Ausgaben für Infrastrukturprojekte, die im Infrastrukturplan vorgesehen sind, sofern die in diesem Plan vorgesehene Summe nicht überschritten wird.

Die obigen Beschränkungen gelten nicht für die im administrativen Ausgabenhaushalt namentlich aufgeführten Subventionen und Dotationen.

Die in Absatz 1 Nummer 1 vorgesehene Beschränkung gilt nicht, wenn die Gewährung der Subvention als gebundene Entscheidung ohne Ermessensspielraum zu betrachten ist.

Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 vorgesehenen Beschränkungen gelten für jegliche Form der Zusage. Die Beschränkungen beziehen sich auf die Beträge der einzelnen Subventionen und Dotationen und nicht auf deren Summe bei Sammelerlassen.

Art. 3 - In Abweichung von Artikel 1 gibt Anlass zu einem kollegialen Beschluss:

1. jeder Gründungs-, Dezentralisierungs- oder Umstrukturierungsvorschlag in Bezug auf die öffentlichen Dienststellen, Organisationen und Einrichtungen, die mit der Durchführung der Politik der Gemeinschaft beauftragt sind, einschließlich der Organisationen und Einrichtungen, die vorwiegend mittels Subventionen zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft arbeiten;

2. die Festlegung des Stellenplans des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

3. die Zulassungen zur Probezeit, Ernennungen und Beförderungen des Personals der Stufe I im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit Ausnahme der Regelbeförderungen, sowie die vertraglichen Einstellungen in der Stufe I des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4. jeder Entwurf bezüglich statutarischer Bestimmungen, einschließlich des Stellenplans aller öffentlichen Einrichtungen, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehen;

5. der Beitritt zu privaten oder öffentlichen Vereinigungen und die Ernennung der Vertreter der Regierung in diesen Vereinigungen oder anderen privaten oder öffentlichen Organisationen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen oder von ihr bezuschusst werden;

6. die Ernennung der Mitglieder aller durch Dekret oder Erlass der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffenen Gremien.

Art. 4 - In Abweichung von Artikel 1 gibt Anlass zu einem kollegialen Beschluss:

1. die Abgabe eines Gutachtens für nationale, gemeinschaftliche, regionale, europäische oder internationale Behörden und Organisationen sowie die Einreichung eines Berichts oder Antrags an diese Behörden und Organisationen;

2. jedes Vorhaben zum Abschluss oder zur Abänderung eines bilateralen oder multilateralen Kooperationsabkommens;

3. alle Vorhaben in Bezug auf eine Zuständigkeitserweiterung der Gemeinschaft;

4. die Festlegung der allgemeinen Politik der Gemeinschaft, einschließlich der zu verfolgenden politischen Linie in inländischen und ausländischen politischen Gremien, sowie die Entsendung und Bezeichnung von Vertretern der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diese Gremien.

Art. 5 - Monatlich wird jedem Minister eine vollständige Übersicht über den Haushalt, sowohl was die Ausgabenverpflichtungen als auch die Ausgabenanweisungen betrifft, übermittelt.

Art. 6 - Der Erlass der Regierung vom 3. Juli 2009 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister ist aufgehoben.

Art. 7 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 8 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 30. Juni 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung
H. MOLLERS

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2014/204560]

30 JUIN 2014. — Arrêté du Gouvernement relatif au transfert de pouvoirs de décision aux ministres

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu la Constitution belge, articles 121, 130, 132 et 139;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 3 juillet 2009 relatif au transfert de pouvoirs de décision aux ministres;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence,

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'à la suite de l'élection des nouveaux membres du Gouvernement, le transfert de pouvoirs de décision aux ministres doit être réglé sans délai afin d'assurer la continuité du travail gouvernemental;

Sur la proposition du Ministre-Président;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. § 1^{er} - Il est accordé aux membres du Gouvernement, dans les matières pour lesquelles ils sont compétents en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2014 fixant la répartition des compétences entre les ministres, délégation pour appliquer les décrets et les règlements et mener une politique correspondant aux compétences. Ils ne peuvent prendre d'arrêtés réglementaires.

La délégation visée à l'alinéa 1^{er} se rapporte également à l'octroi de dérogations aux conditions linguistiques lors de l'engagement de membres du personnel dans l'enseignement ainsi qu'à la mise à la retraite de membres du personnel travaillant au ministère, dans les organismes d'intérêt public et dans l'enseignement.

§ 2 - Dans les matières relevant de la compétence de différents membres du Gouvernement, les décisions sont prises en commun par les membres concernés.

§ 3 - Le Ministre compétent transmet tout projet de circulaire ou de directive à portée générale aux autres membres du Gouvernement.

Ceux-ci peuvent, lors de la séance suivante du Gouvernement, demander une décision collégiale à propos du projet. Jusqu'à cette séance, le projet ne peut être rendu applicable.

§ 4 - La liste des arrêtés ministériels signés par les membres du Gouvernement en vertu des pouvoirs qui leur sont conférés est transmise tous les deux mois aux autres membres du Gouvernement.

§ 5 - Le Gouvernement adopte son règlement d'ordre intérieur.

§ 6 - Un membre du Gouvernement peut, pour la durée d'une absence ou d'un empêchement prévu, transmettre ses pouvoirs et le droit de signature y afférent à un autre membre du Gouvernement, qui accepte. La procuration signée par les deux membres du Gouvernement est portée à la connaissance du Gouvernement lors de sa prochaine séance.

Dans le cas prévu à l'alinéa 1^{er} et lors d'absence ou d'empêchement imprévu, le Gouvernement peut délibérer valablement lorsque plus de la moitié de ses membres sont présents.

Art. 2. Par dérogation à l'article 1^{er}, donnent lieu à une décision collégiale :

1^o l'octroi de subventions et de dotations dans le cadre des dépenses courantes dépassant 50.000 euros;

2^o l'octroi de subventions et de dotations dans le cadre des dépenses en capital dépassant 150.000 euros, à l'exception des subventions d'infrastructure pour des projets inscrits au plan d'infrastructure dans la mesure où la somme prévue dans ce plan n'est pas dépassée;

3^o la passation de marchés publics dans le cadre des dépenses courantes dépassant 50.000 euros;

4^o la passation de marchés publics dans le cadre des dépenses en capital dépassant 150.000 euros, à l'exception des dépenses pour des projets inscrits au plan d'infrastructure dans la mesure où la somme prévue dans ce plan n'est pas dépassée.

Les limitations ci-dessus ne valent pas pour les subventions et dotations reprises nommément dans le budget administratif des dépenses.

La limitation prévue à l'alinéa 1^{er}, 1^o, ne vaut pas lorsque l'octroi de la subvention doit être considéré comme une "décision liée", sans marge d'appréciation.

Les limitations prévues à l'alinéa 1^{er}, 1^o et 2^o, valent pour toutes les formes de promesses. Les limitations portent sur les montants des différentes subventions et dotations et non sur leur somme globale en cas d'arrêtés collectifs.

Art. 3. Par dérogation à l'article 1^{er}, donnent lieu à une décision collégiale :

1^o toute proposition de création, de décentralisation ou de restructuration des services, organismes et institutions publics qui sont chargés de l'exécution de la politique communautaire, en ce compris les organismes et institutions fonctionnant majoritairement au moyen de subventions à charge de la Communauté germanophone;

2^o la fixation du cadre du Ministère de la Communauté germanophone;

3^o les admissions à la période d'essai, nominations et promotions du personnel de niveau I auprès du Ministère de la Communauté germanophone, à l'exception des promotions en carrière plane, ainsi que les engagements contractuels aux emplois de niveau I auprès du Ministère de la Communauté germanophone;

4^o tout projet relatif aux dispositions statutaires, en ce compris le cadre de toutes les institutions publiques relevant de la Communauté germanophone;

5^o l'adhésion à des associations privées ou publiques et la nomination des représentants du Gouvernement dans ces associations ou autres organismes privés ou publics dépendant de la Communauté germanophone ou subventionnés par elle;

6^o la nomination des membres de tous les organes créés par décret ou arrêté de la Communauté germanophone.

Art. 4. Par dérogation à l'article 1^{er}, donnent lieu à une décision collégiale :

1^o la formulation d'un avis à l'intention des pouvoirs et organismes nationaux, communautaires, régionaux, européens ou internationaux ainsi que l'introduction d'un rapport ou d'une demande auprès de ces pouvoirs et organismes;

2^o tout projet relatif à la conclusion ou la modification d'un accord bilatéral ou multilatéral de coopération;

3^o tout projet relatif à un élargissement des compétences de la Communauté;

4^o la fixation de la politique générale de la Communauté, en ce compris la ligne politique à suivre au sein des commissions politiques nationales et étrangères ainsi que l'envoi et la désignation de représentants de la Communauté germanophone au sein de ces commissions.

Art. 5. Une situation budgétaire complète, tant en ce qui concerne les engagements que les ordonnancements, est transmise mensuellement à chacun des ministres.

Art. 6. L'arrêté du Gouvernement du 3 juillet 2009 fixant la répartition des compétences entre les ministres est abrogé.

Art. 7. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 8. Les ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 30 juin 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme,

I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

A. ANTONIADIS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique,

H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/204560]

30 JUNI 2014. — Besluit van de Regering houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de ministers

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de Belgische Grondwet, artikelen 121, 130, 132 en 139;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 3 juli 2009 houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de Ministers;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gewettigd wordt door de omstandigheid dat de overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de ministers zo snel mogelijk na de verkiezing van de nieuwe leden van de Regering moet plaatsvinden, zodat de continuïteit van het regeringswerk niet in het gedrang komt;

Op de voordracht van de Minister-President;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. § 1 - Aan de leden van de Regering wordt in de materies waarvoor ze krachtens het besluit van de Regering van 30 juni 2014 houdende verdeling van de bevoegdheden onder de ministers bevoegd zijn, delegatie toegestaan om de decreten en reglementen toe te passen en het beleid dat met de bevoegdheden overeenstemt te volgen. Het is hen echter niet toegestaan reglementaire besluiten te nemen.

De delegatie bedoeld in het eerste lid betreft ook de toekenning van afwijkingen van de voorwaarden inzake taalgebruik bij de indienstneming van personeelsleden in het onderwijs, alsook de opruistelling van personeelsleden die werkzaam zijn in het Ministerie, in de instellingen van openbaar nut en in het onderwijs.

§ 2 - Voor de aangelegenheden die tot de bevoegdheid van verschillende leden van de Regering behoren, worden de beslissingen gezamenlijk door de betrokken leden genomen.

§ 3 - De bevoegde minister bezorgt elk ontwerp van omzendbrief of elk ontwerp van algemene instructie aan de andere leden van de Regering.

Deze kunnen op de volgende vergadering van de Regering een collegiale beslissing over het ontwerp vragen. Tot deze vergadering mag het ontwerp niet van toepassing worden verklaard.

§ 4 - De lijst van de ministeriële besluiten die de regeringsleden op grond van de aan hen toegekende delegaties hebben ondertekend, worden alle twee maanden aan de andere regeringsleden bezorgd.

§ 5 - De Regering stelt haar huishoudelijk reglement op.

§ 6 - Voor de duur van een geplande afwezigheid of verhindering kan een regeringslid zijn bevoegdheden en het bijbehorend ondertekeningsrecht aan een ander regeringslid overdragen, dat aanvaardt. De door beide regeringsleden ondertekende delegatie van bevoegdheid wordt op de eerstvolgende regeringsvergadering ter kennis gebracht van de Regering.

In het geval bepaald in het eerste lid en bij onvoorzienbare afwezigheid of verhindering van een regeringslid kan de Regering geldig beraadslagen, indien meer dan de helft van haar leden aanwezig is.

Art. 2. In afwijking van artikel 1 wordt collegiaal beslist over :

1° de toekenning van toelagen en dotaties die in het kader van de lopende uitgaven 50.000 euro overschrijden;

2° de toekenning van toelagen en dotaties die in het kader van de investeringsuitgaven 150.000 euro overschrijden, met uitzondering van de infrastructuursubsidies voor projecten die in het infrastructuurplan voorzien zijn, indien het in dit plan voorziene bedrag niet wordt overschreden;

3° het gunnen van overheidsopdrachten die in het kader van de lopende uitgaven 50.000 euro overschrijden;

4° het gunnen van overheidsopdrachten die in het kader van de investeringsuitgaven 150.000 euro overschrijden, met uitzondering van de uitgaven voor infrastructuurprojecten die in het infrastructuurplan voorzien zijn, indien het in dit plan voorziene bedrag niet wordt overschreden.

De bovenvermelde beperkingen gelden niet voor de toelagen en dotaties die in de administratieve uitgavenbegroting bij naam genoemd worden.

De beperking bedoeld in het eerste lid, 1°, geldt niet als de toekenning van de toelage als een gebonden beslissing zonder appreciatiemarge moet worden beschouwd.

De beperkingen bedoeld in het eerste lid, 1° en 2°, gelden voor elke vorm van toezegging. Die beperkingen hebben betrekking op de bedragen van de afzonderlijke toelagen en dotaties en niet op de som van die bedragen bij collectieve besluiten.

Art. 3. In afwijking van artikel 1 wordt collegiaal beslist over :

1° elk voorstel tot oprichting, decentralisatie of herstructurering van overheidsdiensten, -organisaties of -instellingen die belast zijn met de uitvoering van het gemeenschapsbeleid, met inbegrip van organisaties en instellingen die overwegend door middel van toelagen ten laste van de Duitstalige Gemeenschap werken;

2° de vastlegging van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° de toelatingen tot de stage, benoemingen en bevorderingen voor het personeel van niveau I bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - met uitzondering van de bevorderingen in een vlakke loopbaan - alsook de indienstnemingen van contractueel personeel in betrekkingen van niveau I bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

4° elk ontwerp van statutaire bepalingen, met inbegrip van de personeelsformatie van alle openbare instellingen die van de Duitstalige Gemeenschap afhangen;

5° de toetreding tot particuliere of openbare verenigingen en de benoeming van de vertegenwoordigers van de Regering in deze verenigingen of andere particuliere of openbare organisaties die van de Duitstalige Gemeenschap afhangen of door haar gesubsidieerd worden;

6° de benoeming van de leden van alle organen die bij decreet of besluit van de Duitstalige Gemeenschap zijn opgericht.

Art. 4. In afwijking van artikel 1 wordt collegiaal beslist over :

1° het uitbrengen van een advies ten behoeve van nationale, gemeenschaps-, gewest-, Europese of internationale overheden en organisaties, alsook het indienen van een verslag of een verzoek bij die overheden of organisaties;

2° elk voornemen om een bilaterale of multilaterale samenwerkingsovereenkomst te sluiten of te wijzigen;

3° elk voornemen om de bevoegdheden van de Gemeenschap uit te breiden;

4° de vastlegging van het algemeen beleid van de Gemeenschap, met inbegrip van de te volgen beleidslijn in binnenlandse en buitenlandse politieke gremia, alsook de afvaardiging en de aanwijzing van vertegenwoordigers van de Duitstalige Gemeenschap in deze gremia.

Art. 5. Elke minister ontvangt maandelijks een volledig overzicht van de begroting, zowel wat de vastleggingen als wat de ordonnanceringen betreft.

Art. 6. Het besluit van de Regering van 3 juli 2009 houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de Ministers wordt opgeheven.

Art. 7. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 8. De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 30 juni 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,

I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

A. ANTONIADIS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/204561]

30. JUNI 2014 — Erlass der Regierung zur Regelung der Unterzeichnung der Rechtsakte der Regierung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Aufgrund der belgischen Verfassung, Artikel 121, 130, 132 und 139;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 3. Juli 2009 zur Regelung der Unterzeichnung der Rechtsakte der Regierung;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Regelung der Unterzeichnung der Rechtsakte der Regierung zur Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Die Dekretentwürfe und die Erlasse sowie die sonstigen kollegialen Rechtsakte der Regierung werden in ihrem Namen vom Ministerpräsidenten und gegebenenfalls von dem Minister unterzeichnet, der gemäß dem Erlass der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister für die Angelegenheit zuständig ist.

Art. 2 - Den in Artikel 1 erwähnten Unterschriften wird folgende Formel vorangestellt: "Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft".